

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bestelle Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte gesetzte Anzeigen sind im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Stelle 1/2 Die — Einzelne 1/2 Die. —

Verantwortlicher Redakteur: **Vonl Jehne.** — Druck und Verlag: **Carl Jehne in Dippoldiswalde.**

Nr. 164

Sonntag den 16. Juli 1922

88. Jahrgang

Redaktion und Verlag der Weißeritz-Zeitung begrüßen auf das wärmste die jüngst erfolgte Gründung des

„Oberschlesischen Hilfsbundes“, dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung und Förderung deutscher Kultur in Oberschlesien, insonderheit aber der Schutz des deutschverliebten Teiles von Oberschlesien gegen die gewaltig herandrängende polnische Propaganda ist.

Wir fordern, mit Rücksicht auf die allen Deutschen gemeinsamen, hohen vaterländischen Ziele, die der Oberschlesische Hilfsbund verfolgt, alle unsere Leser ohne Unterschied der Partei auf, den Oberschlesischen Hilfsbund in geeigneter Weise dauernd zu fördern und nachdrücklich zu unterstützen. Der Oberschlesische Hilfsbund ist, wie der kürzlich veröffentlichte Aufruf des Oberpräsidenten von Oberschlesien bekanntgab, „nach Entscheidung des Wohlfahrtsministeriums vom 24. Feb. 1922, die einzige Stelle, die jetzt die alleinige Sammel-erlaubnis für diese Aufgaben im deutschen Oberschlesien erhalten hat, womit jeder Zerstückelung der in Oberschlesien tätigen Kräfte sowie der für diese Zwecke zu sammelnden Gelder ein für allemal vorgebeugt ist“. Es ist die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die durch das Genfer Diktat zwar entschieden, aber nicht gelöste ober-schlesische Frage in der deutschen Öffentlichkeit und in dem Herzen eines jeden Volksgenossen dauernd denjenigen Widerhall findet, auf den sie im Hinblick auf ihre kulturelle, wirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung Anspruch hat!

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß alle für den Oberschlesischen Hilfsbund bestimmten Zahlungen ausschließlich an die Hauptgeschäftsstelle in Breslau oder an die Konten der Geschäftsstelle Berlin: Postfach Konto Berlin Nr. 10899; Beiträge von M. 20.000. — an aufwärts an das Bankhaus Mendelssohn & Co., Berlin W, Jägerstraße 49/50, oder an die Bank für Landwirtschaft, Berlin SW, Dessauer Str. 26, Konto: „Oberschlesischer Hilfsbund“ zu leisten sind.

Amthliche Bekanntmachungen.

Nachdem der **XXI Nachtrag zur Gemeindesteuerverordnung** für die Stadt Dippoldiswalde vom 17. Dezember 1915, betr. Erhebung eines **Zuschlags bis zu 25 v H** zu der durch das Gewerbesteuergesetz vom 6. Oktober 1922 geordneten **Gewerbesteuer**, durch die Kreisauptmannschaft genehmigt worden ist, liegt dieser Nachtrag von heute ab 14 Tage lang zur Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 12, aus. Der Nachtrag tritt mit dem 1. April 1922 in Kraft. Stadtrat Dippoldiswalde, am 14. Juli 1922.

Gemeinde-

Sparkasse Girokasse Schmiedeberg (Bez. Dresden)

Fernsprechanschluß: Schmiedeberg-Ripsdorf 27. — Postfach-Konto: Girozentrale Sachsen, Dresden, Nr. 16 100 Dresden. Geschäftszeit:

8—12 und 3—4 Uhr, vor Sonn- und Festtagen 8—12 Uhr.

Tägliche Verzinsung der Einlagen.

Aufbewahrung und Verwaltung sowie Vermittlung des An- und Verkaufs von Wertpapieren und Aktien.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt ist die Sparkasse Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Errichtung von Spareinlagen und Eröffnung von Girokonten gegen tägliche Verzinsung. — Ueberweisung von Zahlungen nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes, in dringenden Fällen im Wege der Filüberweisung. — An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln. — Ausstellung von Reisekreditbriefen. — Einziehung von Wechseln, Schecks und Platzanweisungen.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 14. Juli 1922.

Das Stadtverordneten-Kollegium ist vollzählig bis auf den

entschuldigenden Stadtverordneten Schubert. Weiter sind erschienen der Bürgermeister und die diensttuenden Stadträte vollzählig (wegen Krankheit sind zurzeit die Stadträte Halm und Kleber beurlaubt).

Nach Eröffnung der Sitzung spricht Vorsteher Schumann allen denen Dank aus, die an der Bekämpfung des im Entstehen begriffenen Schadenfeuers in der Mälerschule mithalfen, und fährt weiter aus, daß er mit einem gewissen Bangen den heutigen Verhandlungen entgegenstehe und zwar mit Rücksicht auf die unter den heutigen Verhältnissen so außerordentlich schwierigen, dabei aber doppelt wichtigen Haushaltsplanberatungen. Stehe man doch bei allseitigem Bemühen, zu sparen, vor einem großen ungedeckten Fehlbetrag.

Stadtrat Schwind nimmt Gelegenheit, zugleich für seine Frau herzlich zu danken für die ihnen aus Anlaß ihrer Silberhochzeit durch die städtischen Kollegien gewordenen Aufmerksamkeiten.

In die Tagesordnung eintretend nimmt man Kenntnis von einem Dankschreiben des den Bürgermeisters in juristischen Angelegenheiten vertretenden Amtsgeschäftsrates Dr. Arnold für Erhöhung seiner Entschädigung.

Weiter nimmt man Kenntnis davon, daß für Mai und Juni der Lichtstrompreis auf 10 und der Kraftstrompreis auf 7 M., der Strom für Großabnehmer dementsprechend erhöht werden mußte und daß für Juli eine weitere Erhöhung auf wahrscheinlich 12 und 9 M. u. v. zu erwarten steht. Die Erhöhung würde noch größer, hätte man nicht schließlich die Abschreibungen niedriger eingestellt, als die heutigen Verhältnisse es eigentlich verlangen.

Die ortspolizeilichen Bestimmungen über die Kreishauptmannschaft für den Handel im Umherfahren gab die Kreishauptmannschaft zurück und gab anheim, die Abgabe lieber durch ein Ortsgesetz zu regeln. In der Sache selbst ändert sich dadurch nichts. Es ist lediglich eine verwaltungstechnische Frage. Gleich dem Räte beschließt man, der kreisauptmannschaftlichen Anregung nachzugehen.

Beim Ende im Handumdrehen (beim Referat stiegen Hunderttausende und Tausend-Millionen in der Luft herum wie beim Jonglieren die bunten Kugeln) genehmigt man den Haushaltsplan für das Elektrizitätswerk, der in der Betriebsabteilung 2 127 670 M., Deckungsmittel, 2 120 105 M., Bedürfnisse, somit 7565 M. Ueber-schuß, in der Installationsabteilung 331 000 M., Deckungsmittel, 307 000 M., Bedürfnisse, also 21 000 M. Ueber-schuß und damit 31 565 M. Gesamtüberschuß aufweist. Der Bruchwert des Betriebes beträgt 169 229 M. Bei dieser Gelegenheit nimmt man gern Kenntnis von einer Niederschrift der Betriebsleitung unseres städtischen Elektrizitätswerkes, nach deren Aufzeichnungen der Ueber-schuß 1921 (der Abschluß der Stadtkasse liegt noch nicht vor) rund 178 000 M. betrug, wovon 100 000 M. noch zur Verfügung stehen. In diesem Ueber-schuß ist der Betrieb mit 136 000 M., die Installationsabteilung mit 42 000 M. beteiligt. Zugleich leitet der Bericht die Niederschrift, daß nenerdings der hohen Kosten wegen große Installationen fast gar nicht mehr vorkommen und sich deshalb für das laufende Jahr nur sehr unsehr schätzen lasse, im übrigen auch die neue Firma Ulrich u. Weber zu arbeiten im Stadtbereich mit zugelassen wurde.

Der Haushaltsplan für das Mietwohnhaus an der Rabenauer Straße, der ebenfalls aufgegeben wird, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 53 250 M. ab. In der Einnahme steht die Miete mit 8250 M. und ein Darlehen von 45 000 M. für Reparaturen und Verbesserungen. Mit dem 1. Oktober wird die gesetzliche Miete eingeführt. Der Ausschuh-Vorstand erwähnt, daß nach diesem Haushaltsplan für etwa im Laufe des Jahres sich einstellende unvorhergesehene Anforderungen nur noch 190 M. zur Verfügung stehen.

Die Rechnung für die Handelsschule auf 1921 schließt mit einem Fehlbetrag von 18 142 M. ab. Da der von der Stadt übernommene haushaltplanmäßige Zuschuß nur 6580 M. betrug, bleiben 11 562 M. ungedeckt, wovon die Handelskammer die Hälfte übernommen hat. Gleich dem Räte beschließt man, die noch verbleibenden 5781 M. noch auf die Stadt zu übernehmen.

Hierauf verabschiedet man den Haushaltsplan 1922 der Handelsschule, der bei 169 120 M. Bedarf und 69 120 M. Deckung mit 70 000 M. Fehlbetrag abschließt. Da die Handelskammer die Hälfte davon übernimmt, verbleiben für die Stadt 35 000 M. zu decken. Durch eine Bezirksbeihilfe erhofft man einige Erleichterung (in dieser Sache sei auf den Bericht in dieser Zeitung über die kürzliche Besprechung der Interessenten der Schule mit einem Vertreter der Handelskammer hingewiesen). Wie berechtigt eine Beihilfe des Bezirks ist, geht daraus hervor, daß von den 67 Schülern der Abteilung A nur 43 und von den 63 Schülern der Abteilung B nur 5 von Dippoldiswalde waren.

Weit unangenehm noch gestaltet sich der Haushaltsplan für die Gewerbeschule, der als nächster Punkt beraten und genehmigt wird. 195 700 M. betragen hier die Bedürfnisse, 99 330 M. die Deckungsmittel und 96 370 M. der Fehlbetrag. Lehterer wiegt auch um deswillen umso schwerer, weil er von der Stadt allein zu tragen ist, da die Gewerbeschule nicht in der Lage ist, wie die Handelskammer, einen Teil des Fehlbetrags auf die Interessenten umzulegen. Sie überwiegt jedoch 800 M., die aber zu Lehterzwecken, die Eigentum der Kammer verbleiben, zu verwenden sind. Der Gewerbeverein listete 200 M. zur Verfügung der Lehrerschaft. Von den 132 Gewerbeschülern sind 57 von hier und 75 von auswärts.

An Schulgeld sind bei der Gewerbeschule 19 500 M., bei der Handelsschule 58 000 M. ein gestellt.

Auf Vorschlag des Finanzausschusses beschließen beide Kollegien, das Schulgeld an beiden Schulen ab 1. 10. zu verdoppeln und so eine Mehreinnahme gegenüber dem Haushaltsplan zu schaffen. Leider stehen aber auch höhere Ausgaben in sicherer Aussicht, da das Sinken des Geldwertes steigende Gehälter zur Folge hat.

Der Rat hat beschlossen, energisch die Staatsregierung an die bei der Uebernahme der Schulen in städtische Verwaltung gemachten Verpfändungen zu erinnern, insbesondere daran, daß statt der versprochenen zwei Drittel der Personalkosten der Staat jetzt nur noch ein Drittel zahlt. Gehe es so weiter, sehe Dippoldiswalde

sich vor die Frage gestellt, die Gewerbeschule abzubauen oder ganz zu schließen. Kollegium schließt sich gegen 3 Stimmen dem Protest an.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung nimmt man Kenntnis vom Haushaltsplan der Kleinkinderbewahranstalt mit 40 250 M. Bedarf und 40 588 M. Deckung und bewilligt als Beihilfe der Stadt 4000 M. zu Banklichkeiten (Abort, Küchenherd usw.), 3500 M. für die Leiterin der Anstalt und 1000 M. zur Verbesserung des Obstgartens, im ganzen also 10 500 M. (im Vorjahre 8000 M.). Festgestellt wird noch, daß die Anstalt trotz dieser Beihilfe nicht in Betrieb bleiben könnte, wenn es nicht gelungen wäre, weitere 8000 M. Unterstützung von auswärts zu erhalten.

Als nächster Beratungsgegenstand wird der Haushaltsplan der Armen- und der Krankenkasse verabschiedet. Ersterer schließt bei 195 552 M. Bedarf und 79 297 M. Deckung mit 116 255 M. Fehlbetrag, letzterer bei 149 750 M. Bedarf und 99 570 M. Deckung mit 50 180 M. Fehlbetrag ab.

Der Rat hat beschlossen, der Volksbibliothek auf ihr Gesuch 1000 M. Beihilfe, der Gewerkschaftsbibliothek, die ein Gesuch nicht eingereicht hat, 500 M. und dem Gewerbeverein auf Sondergesuch zu der Versicherungsprämie für die Bibliothek von 565 M. eine besondere Beihilfe von 300 M. zu gewähren. Aus der Mitte des Kollegiums wird Genehmigung der vollen Versicherungsprämie an den Gewerbeverein und darauf von anderer Seite Erhöhung der Beihilfe für die Gewerkschaftsbibliothek auf 1000 M. beantragt. Es entspinnt sich eine längere Aussprache, in der auch, wie bereits vom Berichterstatter Veranschauligung beider Versicherungen als das Richtige und Gegebene wiederholt bezeichnet wird, demgegenüber sich aber die Vertreter der Gewerkschaftsbibliothek ablehnend verhalten, den Uebergang beider Versicherungen in Stadtbibliothek oder gütlichen würden. Hierauf wird mit Recht erwidert, daß die Verwaltung dann um das Vielfache höhere Kosten verursachen würde. Ein Vermittlungsvorschlag, die Gewerkschaftsbibliothek möge die Feuerversicherung abschließen und dann ein entsprechendes begründetes und belegtes Gesuch, wie die Volksbibliothek und der Gewerbeverein, einreichen, findet keine Gegenliebe. Das Resultat ist schließlich: Die Volksbibliothek erhält 1000 M., die Gewerkschaftsbibliothek 500 M., der Gewerbeverein die volle Feuerversicherungsprämie. Ein etwaiges Gesuch der Gewerkschaftsbibliothek nach dem Vermittlungsvorschlag soll feinerzeit gesondert behandelt werden.

Die Kapitalertragssteuer für die feinerzeit aus einer städtischen Anleihe von der Sparkasse übernommenen Kommunalkreditbriefe (775 000 M.) soll die Sparkasse übernehmen (im Vorjahre hatte sie die Stadtkasse erstellt).

Genehmigt wird die Erhöhung der Miete für den Branereiheller von 900 auf 1400 M. und für die Maltheke von 300 auf 400 M.

Ebenso bewilligt man dem Bezirks-Schornsteinfegermeister ab 1. Juli 300% zur Grundlage (bisher 140%). Das betreffende Gesuch ist hauptsächlich damit begründet, daß den Gesellen ein höherer Lohn wie bisher gezahlt werden müsse, da andernfalls solche hier nicht zu halten seien, da sie mit dem bisherigen Lohn nicht leben können. Bei der Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß eine Verkleinerung des Bezirks-Schornsteinfeger in welchem Falle dann erwogen werden könne, dem Bezirks-Schornsteinfeger nur noch den Lohn für einen Gesellen zuzubilligen.

Die Sommerfrischler-Ortsabgabe wird auf 5 M. für die erste und 3 M. für jede weitere Person einer Partei erhöht (bisher 3 und 1 M.). Schwerekriegsbeschädigte im Windischhaus sind befreit (bisher sämtliche Besucher desselben).

Auf Vorschlag des Finanzausschusses hat der Stadtrat beschlossen, die Stadtmusikdirektorstelle neu auszuschreiben. Dem stimmt man zu.

Die für Zuwendungen an Vereine, Gesellschaften usw. im Haushaltsplan ausgeworfene Summe erhöht man um 500 M. auf 12 500 M. und zwar will man dem Verkehrs-ausschuh statt 500 M. für Bänke 1000 M. bereitstellen, sodas er nunmehr einschließlich der vom Vorjahre noch vorhandenen 1000 M. über 2000 M. verdisgt. (Vom Vorsitzenden des Ausschusses werden die aufzustellenden Bänke schon jetzt auf Wärmte dem Schutze des Publikums empfohlen.) Neu in der Zusammenstellung sind 2000 M. für die drei Turnvereine als Ersatz für zu zahlendes Lichtgeld. Die Verteilung soll nach Maßgabe des tatsächlichen Stromverbrauches des Vorjahres erfolgen.

Die feinerzeit zurückgestellte Hilfe für Kleintrentner usw. steht abermals zur Beratung. Der Finanzausschuh hat nunmehr vorgeschlagen, 40 000 M. in den Haushaltsplan einzustellen. Der Rat erhöhe den Betrag aber auf 50 000 M., da wahrscheinlich auch Mißbeihilfen gezahlt werden müssen. Dem stimmt man zu.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist der Haushaltsplan für die Stadtkasse. Eingebendet kann auf denselben nicht eingegangen werden, da es unmöglich ist, bei dem immerhin raschen Vortrag der vielen großen Zahlen in den wenigen Minuten den dazu notwendigen Ein- und Ueberblick zu gewinnen. Der Haushaltsplan schließt ab mit 4 643 480 M. Bedarf, 2 884 870 M. Deckung und 1 758 510 M. Fehlbetrag. Dieser Fehlbetrag entfällt, trotzdem man als Einnahme u. a. von den unbauten Grundstücken 250 000 M. (im Vorjahre 227 000 M.), als Ertrag von Forst und Flur auf Grund der Ergebnisse der letzten Versteigerungen 200 000 M. mehr als ursprünglich angenommen, 70 000 M. Mark Wasserzins (1,50 M. pro Kubikmeter), 65 000 M. Gewerbesteuer, 70 000 M. Wohnsteuer (Anteil an der Reichsmietensteuer) usw. einstellt.

Um diesen Fehlbetrag um 1 008 510 M. auf 750 000 M. zu verringern, macht der Finanzausschuh folgende Vorschläge, denen Rat und Stadtverordnete zustimmen:

1. Der Fehlbetrag der Feuerlöschkasse kommt in Wegfall, da der Beitrag zur Mobiliarbrandversicherung sich um 1800 Mark erhöhte.
2. Die Forst- und Flurkasse rechnet mit rund 350 000 M. Mehreinnahmen und 200 000 M. Mehrausgaben. Von den 350 000 M. Ueber-schuh sind 200 000 M., wie erwähnt, bereits in den Stadtkassenhaushaltplan eingestellt, die rest-